Der Landrat

Beratungsergebnis

der 12. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 21.02.2022

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

15. Verabschiedung des Haushaltes und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 mit Stellenplan

15.2 Ausbildung und Koordinierung von Einsätzen von Demokratietrainer/innen - Antrag der SPD-Fraktion vom 19.01.2022 - DS-Nrn.: 5650, 5650/1 -

Der Landrat informierte, dass zum einen der Antrag der SPD-Fraktion vorliege, welcher auf Antrag der GRÜNE-Fraktion um einen Sperrvermerk für den Haushaltsansatz von 40.000 € ergänzt worden sei und zum anderen ein Antrag der CDU-Fraktion, wonach zusätzliche finanzielle Mittel i. H. v.10.000 € für das Netzwerk Gewaltprävention zur Verfügung gestellt werden sollen. Letzterer sei im Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung, Finanzen und Rechnungsprüfung mehrheitlich angenommen worden.

Die SPD-Fraktion erklärte, dass sie ihren Antrag aufrechterhalte und die Ergänzung um den Sperrvermerk mittrage. Der Antrag der CDU-Fraktion sei als alternativer Antrag gestellt worden. Sie führte aus, dass man seit Jahren in Teilen der Gesellschaft bedenkliche Erosionsprozesse beim Demokratieverständnis erlebe und die Corona-Zeit dies nochmals verdeutlicht habe. Es sei nicht zielführend, wenn in einem konkurrierenden Antrag eine Zielgruppe ins Auge gefasst werde, die gar nicht oder nur zu einem geringen Teil Zielgruppe ihres Antrages sei. Es seien eben nicht Kinder und Jugendliche gewesen, die an antidemokratischen und Corona-Leugnungs-Demonstrationen teilgenommen hätten. Sie finde es von oben herabblickend, wenn man darauf mit einem Programm antworte, welches bei Kindern und Jugendlichen ansetze, statt bei Erwachsenen, die die Erosionsprozesse betrieben. Es fehle ein Instrument, wie es in anderen Kreisen zum Teil mit Förderungen des Landes NRW installiert sei. Sie wolle, dass man Demokratietrainer ausbilde, um diese – dort wo es gewünscht werde – in Vereine, Organisationen und Betriebe zu schicken.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass auch ihr dieses Thema sehr wichtig sei und sie keineswegs mit dem Finger auf die Kinder zeige. Je früher man mit der politischen Bildung anfange, umso sinnvoller sei es. Es gebe schon einige Initiativen und sie halte es für den richtigen Weg projektbezogen zu unterstützen und habe daher vorgeschlagen, 10.000 € in den Haushalt einzustellen.

Die GRÜNE-Fraktion führte aus, dass man es mit zwei sehr unterschiedlichen Projekten zu tun habe. Bei dem einen gehe es um die Förderung der Demokratie und Ausbildung von Demokratietrainern; dabei richte man sich an Erwachsene. Da ihr aber eine konkrete konzeptionelle Hinterlegung fehle, wolle man die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes beauftragen und den Haushaltansatz mit einem Sperrvermerk versehen. So sei ein Haushaltsansatz für 2022 gesichert und der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport könne dann darüber entscheiden. Sie kritisiere, dass die CDU-Fraktion spontan für ein bestehendes Projekt, das Netzwerk Gewaltprävention, einen Antrag gestellt habe, ohne dies konkret

begründen zu können. Das Projekt sei im September 2021 im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport vorgestellt worden; ein Finanzbedarf sei nicht aufgezeigt worden. Sie begrüße das Projekt, wolle aber zunächst wissen, ob auch tatsächlich finanzielle Mittel für die Erfüllung zusätzlicher Aufgaben benötigt würden. Daher beantrage sie, die finanziellen Mittel i. H. v. 10.000 € ebenfalls mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Die CDU-Fraktion äußerte, dass die zuständige Abteilung kein konkretes Konzept erarbeiten müsse, sondern direkt Maßnahmen benennen könne. Sie wies den Vorwurf zurück, mit dem Finger auf eine Gruppe zu zeigen. Sie habe mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass der Antrag der SPD-Fraktion nicht konkret genug sei. Auch sie wolle Demokratie fördern und Randbewegungen in den Griff bekommen.

Die SPD-Fraktion machte nochmals deutlich, dass sie Demokratietrainer ausbilden lassen wolle, die beispielsweise von Vereinen und Betrieben bei konkreten Problemen zur Beratung hinzugezogen werden könnten. Es gebe bereits gute Projekte; sie wolle aber nicht einfach ein konkretes Projekt aufdrücken; vielmehr sollte die Konzepterstellung gemeinsam erfolgen. Ziel ihres Antrages seien nicht gute bereits bestehende Projekte wie das Netzwerk Gewaltprävention. Es sei nicht abzustreiten, dass bei den Erwachsenen ein Bedarf bestehe, über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu sprechen. Sie wolle für ein Projekt bereits in diesem Jahr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und sehe die Zuständigkeit auch eher beim Kreisausschuss als beim Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport. Sie bat darum, nochmals über ihren Antrag nachzudenken und einen finanziellen Ansatz mit einem Sperrvermerk in den Haushalt einzustellen. Zudem bot sie an, dass ihr Fraktionsmitglied Kontermann ein konkretes Projekt vorstelle.

Die FDP-Fraktion teilte mit, dass sie den Antrag der SPD-Fraktion nicht mittrage, da für sie ein Konzept Grundvoraussetzung sei. Sie hingegen sehe die Zuständigkeit beim Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, denn Bildung gelte unabhängig vom Alter. Ferner monierte sie, dass die CDU-Fraktion im Ausschuss spontan geäußert habe, dass ein gutes Projekt unterfinanziert sei. Jeder Projektträger habe die Möglichkeit mitzuteilen, dass er finanzielle Mittel für ein Konzept benötige; dann sei man auch zu einer Befassung damit bereit. Sie werde daher auch diesem Antrag nicht zustimmen.

Mitglied Altehülshorst (CDU-Fraktion) äußerte, dass er bisher nicht verstanden habe, was mit dem Antrag der SPD-Fraktion beabsichtigt sei. Er könne im Kreisgebiet kein Demokratiedefizit feststellen; die Tatsache, dass es auch im Kreis Menschen gebe, die gegen die Impfpflicht u. dgl. demonstrierten, zeige gerade, dass die Demokratie funktioniere. Ihre Grundsäulen seien Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Man müsse ertragen, dass Menschen Meinungen verträten, die nicht den eigenen entsprächen. Was in dieser Gesellschaft fehle, sei die Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen. Es sei einem nicht geholfen, wenn Demokratietrainer die Aufgabe hätten, eine bestimmte Meinung durchzusetzen. Zu dem im Antrag stehenden Aspekt des Umgangs mit „Fake-News“ äußerte er, dass erst einmal zu hinterfragen sei, was „Fake News“ seien. Man müsse wieder offen diskutieren; er sehe nicht, wie 40.000 € für Demokratietrainer helfen könnten. Bei Reichsbürgern handele es sich um Personen, die gegen die Gesetze verstießen; eine Verfolgung dessen sei Aufgabe der Polizei.

Die AfD-Fraktion äußerte, dass der Antrag der SPD-Fraktion eine Zielgruppe erreichen wolle, die man mit normalen Argumenten nicht erreiche und bei der man auch nicht mit Demokratietrainern weiterkomme. Diejenigen, die wegen der Corona-Maßnahmen auf die Straße gingen, werde man damit ebenso wenig erreichen. Außerdem fiele deren Protestgrundlage weg, wenn nun die Lockerungen kämen. Sie halte es daher für eine Verschwendung von finanziellen Mitteln.

Die SPD-Fraktion tat kund, dass die Äußerung von Herrn Altehülshorst auch ein Plädoyer gegen den Antrag der CDU-Fraktion sei. „Fake-News“ und deren Verbreitung seien ein ganz entscheidendes Problem in der Gesellschaft geworden. Man habe Journalisten, die mit einem hohen ethischen Anspruch ihre Arbeit machten und mit der Darstellung von unterschiedlichen Meinungen den Diskurs vorantrieben. Es gebe aber auch Medien, deren Medieneigenschaft sie in Frage stelle, die aber aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungen die Möglichkeit hätten, in bedenklicher Form Einfluss zu nehmen. Es gebe die irresten Annahmen, wie beispielsweise die Implementierung von Chips bei Impfungen, die verbreitet würden. Es werde kritisiert, dass sie kein Konzept vorgelegt habe, sondern die Verwaltung dieses erstellen solle. Sie interessiere daher, was das Konzept der CDU-Fraktion für die beantragte Summe von 10.000 € sei.

Des Weiteren äußerte sie, dass das Demonstrieren ein hohes Gut sei. Man könne aber nicht in Abrede stellen, dass ein großer Teil der Menschen, die an den sog. Spaziergängen teilnähmen, davon ausgingen, dass sie in einer Diktatur lebten. Ein Teil der Gesellschaft habe – u. a. auch wegen der Corona-Regelungen – den Eindruck, dass man kein demokratisches Land mehr sei, sondern eines, in dem man

unterdrückt werde. Regeln würden nicht mehr akzeptiert und es sei erstaunlich, welche radikale Auffassungen einige hätten. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen bereiteten ihr Sorge und nicht die Frage um Auseinandersetzung von differierenden Meinungen.

Die CDU-Fraktion machte deutlich, dass man bei den Haushaltsplanberatungen sei, aber aktuell über gesellschaftliche Entwicklungen diskutiere. Es bezweifele niemand, dass es Menschen gebe, die sich abgehängt fühlten. Es sollte nunmehr darüber abgestimmt werden.

Die FWG-UWG-Fraktion äußerte, dass auch sie das vorgestellte Konzept nicht überzeugend finde; es sei weder klar, welcher Personenkreis angesprochen werden solle noch, wie man auf die Höhe der finanziellen Mittel komme, da auch von Folgejahren gesprochen werde.

Sodann ließ der Landrat zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion, ergänzt um den von der GRÜNE-Fraktion beantragten Sperrvermerk, abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (6 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen)

Anschließend ließ der Landrat über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (7 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

Der Landrat teilte mit, dass damit auch die Abstimmung über einen Sperrvermerk entfalle.